

Litauen sabotiert Memel-Debatte

Genf, 23. September

Der litauische Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben geschickt, in dem er gegen den Beschluss, die Memelbeschwerde auf die Tagesordnung des Völkerbundesrates zu setzen, Einspruch erhebt, da sich Reichsaussenminister Dr. Curtius nicht an die Verfahrensregeln gehalten habe, die sich aus Artikel 17 der Verfassungskonvention ergeben.

Außerdem könnten die von dem deutschen Außenminister vorgebrachten zwei Petitionen nach Ansicht der litauischen Regierung in keiner Weise Gegenstand von Erörterungen vor dem Rate bilden, da das Petitionsrecht hinsichtlich etwaiger Verstöße gegen die Pariser Konvention den Bewohnern dieser Teile Litauens nicht zugestanden worden sei.

Von deutscher zuständiger Stelle wird hierzu erklärt: Die litauische Regierung scheint geltend machen zu wollen, daß die deutsche Regierung keine eigene Beschwerde erhoben, sondern lediglich eine Petition aus dem Memelgebiet an den Rat weitergeleitet habe. Die deutsche Regierung hat jedoch von sich aus die Beschwerde des Memelgebietes zur Sprache gebracht. Die Petition aus dem Memelgebiet hat dabei lediglich die Bedeutung einer Materialsammlung, deren Maßgeblichkeit nicht bestritten werden kann. Die litauische Behauptung, daß es sich bei der deutschen Beschwerde um die Ausübung eines nicht bestehenden Petitionsrechts der Memelländer handelt, ist daher zurückzuweisen.

Die österreichische Kabinettskrise

Wien, 24. September.

Die durch den Konflikt zwischen dem Vizekanzler Baugoin und Handelsminister Schuster entstandene kritische innerpolitische Lage und die Möglichkeit weiterer Folgen bildet allgemein den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Ein christlich-sozialer Spätabendblatt erklärt, die Ernennung Strafella zum Generaldirektor der Bundesbahnen sei keine Parteiangelegenheit. Trophem sei es selbstverständlich, daß die christlich-soziale Partei, wenn Baugoin auf seinem Standpunkt beharrt, sich nach dem Grundgesetz auf selbständigem Boden in diesem Falle auch hinter ihren Obmann stellen werde. Die nächstliegende Lösung wäre natürlich, wenn Strafella seine Bewerbung bei den Bundesbahnen zurückziehe. Der Reichsbauernrat, sandte an Baugoin ein Telegramm, in dem verneint wird, daß die christlich-sozialen Bauernorganisationen Österreichs ihm in der Angelegenheit Beihilfe leisten werden.

Ueber die Weiterentwicklung der Krise sind die Meinungen in den österreichischen Parteikreisen sehr verschieden. Von der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ wird eine baldige Beilegung des Konflikts und kein Sturz der Regierung Schober erwartet. Demgegenüber erklären die „Neue Freie Presse“, die „Wiener Neuesten Nachrichten“ und andere Blätter,

man stehe vor ernstlichen Schwierigkeiten. Diese heißen Schober oder Strafella. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“, sehen ihre Angriffe fort, und sagen: Fällt die Entscheidung zugunsten Strafella, dann werden wohl Folgen eintreten, auf deren Ernst man nicht näher eingehen darf, da man sonst neuerdings beschlagnahmt werden könnte. Fällt die Entscheidung zugunsten Strafella aus, dann werden wohl Neuwahlen kommen, und welche Antwort die Wähler dann geben werden, das bleibt vorläufig dahingestellt, die reichsdeutschen Wahlen mögen aber ein Menetekel sein.

Die Revolution in Chile

London, 24. September.

Während die Zensur alle direkten Nachrichten aus Chile unterbindet, deuten aus Buenos Aires kommende Nachrichten an, daß der Aufstand in Süd-Chile anscheinend doch ernstlich ist und weitestgehende Unterstützung fand, als in Santiago zugegeben wird.

Ueber die Entstehung des Aufstandes wird berichtet, daß ein von 2 amerikanischen Fliegern gesteuertes Flugzeug mit chilenischen Offizieren und Zivilisten aus Argentinien nach Concepcion geflogen sei, wo die Insassen verhaftet, die Garnison zum Aufstand zu bewegen. Garnisonkommandant und Zivilgouverneur sollen einer amtlichen chilenischen Auslassung zufolge sofort alle erfolgreichen Abwehrmaßnahmen getroffen haben. Ueber die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt.

Um die Flottenrüstung

Neue italienisch-französische Verklammerung?

Paris, 24. September.

Vor einigen Tagen wurde von französischer Seite eine Ansicht verbreitet, die einen baldigen befristenden Abschluß der zwischen Italien und Frankreich geführten Verhandlungen erwarten ließen. Wie man jetzt aus der italienischen Presse erfährt, handelt es sich bei dieser Nachricht um ein geschicktes französisches taktisches Manöver, um die beim etwaigen Scheitern der Verhandlungen Italien vor der großen Öffentlichkeit die Schuld aufzubürden. Dagegen wendet sich die italienische Regierungspresse ebenso entschieden wie deutlich. Das „Giornale d'Italia“ spricht von französischen Indiskretionen und Kulissenmanövern mit dem doppelten Ziele, den Abbruch der Verhandlungen anzukündigen und die Verantwortung dafür vollkommen auf Italien abzuwälzen. Es handelt sich um eine typische anti-italienische Offensive, die man durchschauen werde, sobald die wirklichen Vorgänge einmal bekannt seien. Es sei befremdlich, warum man in einigen französischen Kreisen so große Eile habe, Italien mit einer phantastischen Verantwortung zu belasten. Der Sonderberichterstatter der „Tribuna“ geht in seiner Abwehr noch weiter und erklärt, daß die italienischen Sachverständigen in Paris in diesem Sommer Vorschläge gemacht hätten, die bei aller Wahrung der italienischen Interessen gleichzeitig Frankreich beträchtliche Konzessionen gebracht hätten. Nach den optimistischen französischen Meldungen der letzten Woche über den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen hätten nun plötzlich die französischen Sachverständigen am letzten Freitag oder Sonnabend Gegenverschlüsse gemacht, die für Italien völlig unannehmbar seien.

Italien habe selbst bei einem Fehlschlagen der italienisch-französischen Besprechungen den Wunsch, daß die Internationale Abrüstungskonferenz so rasch als möglich bald zusammentrete, und sehe nicht ein, warum ihre Einberufung in diesem Falle wieder verschoben werden solle. Das eventuelle Scheitern der französisch-italienischen Besprechungen soll Frankreich nur einen neuen Vorwand gegen die Abrüstung geben.

Französisch-russische Differenzen

Wegen eines Emigranten.

Paris, 24. September.

In einem Telegramm aus Moskau vom 22. September, dem der Sowjetbotschafter in Paris, Dowgalewski, habe dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Philippe Berthelot, einen Schriftsatz unterbreitet, um gegen eine militärische Kundgebung russischer Emigranten in Paris in Form einer Kranzniederlegung am Grabe des französischen Unbekannten Soldaten zu protestieren. Die Agentur Havas gibt über die Antwort des Generalsekretärs Berthelot u. a. bekannt, die französische Regierung habe niemals zugelassen und werde es auch niemals zulassen, daß die politischen Flüchtlinge in Frankreich die ihnen gewährte Gastfreundschaft dadurch mißbrauchen, daß sie auf französischem Gebiet militärische Streitkräfte organisieren, die dazu bestimmt seien, eine fremde Regierung zu bekämpfen. Über Festimmungen der Erinnerung und Achtung, die von ehemaligen Frontkämpfern ausgingen, dürften nicht mit Vorbereitung zur Bekämpfung einer fremden Regierung verwechselt werden, und die Kranzniederlegung sei von ehemaligen russischen Frontkämpfern vorgenommen worden.

„Die Republik nicht in Gefahr“

Sagt Reichskanzler a. D. Marx.

Paris, 24. September.

Der Berliner Korrespondent des „Excessif“ hat den früheren Reichskanzler Dr. Marx um seine Ansicht über die Wahlen befragt. Dr. Marx erklärte: Die Wahlen haben diesmal nicht die Wahrscheinlichkeit des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht. Sie haben höchstens einen Zustand momentaner Verwirrung wiedergegeben. Ein großer Teil der Wähler, der von einer Art Fieber befallen war, wird bald wieder zur Vernunft kommen.

Keiner Ansicht nach liegt kein Grund vor, sich auf katastrophale Ereignisse gefaßt zu machen. Gemäß hat die gegenwärtige Regierung sehr schwierige Probleme zu lösen. Die große Koalition scheint allein nicht auszureichen, um der Regierung eine sichere Mehrheit zu geben. Ich glaube aber nicht an einen Gewaltstreich.

Man darf immerhin nicht vergessen, daß einer Opposition von 13,5 Millionen Stimmen 22,5 Millionen Wähler gegenüberstehen, die bereit sind, den Staat und seine Einrichtungen zu verteidigen. Die Republik befindet sich nicht in Gefahr. Schupps und Reichswahl sind durchaus zuverlässig und werden jedes Komplott gegen den Staat, von welcher Seite es kommen möge, durchkreuzen. In der Person des Reichspräsidenten von Hindenburg besteht ferner die größte Sicherheit gegen jede Ueberraschung.

Ein Todesurteil in Gera

Das Schwurgericht Gera verurteilte den Klemperergehilfen Behold aus Schleiz wegen Mordes in Latein mit versuchtem schweren Raube zum Tode und zu lebenslänglichem Ehrenrechtsverlust, sowie wegen Beschädigung einer Telefonleitung und verbotenen Waffentragens zu sechs Monaten Gefängnis. Der Klemperergehilfe Willi Rahmowski aus Schleiz wurde wegen Totschlags und versuchter schweren Raubes und Bergehens gegen § 317 zu zwölf Jahren einen Monat Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf sechs Jahre verurteilt. — Die Angeklagten hatten am 7. März dieses Jahres bei Tanna die 60jährige ledige Lina Trampler aus Tanna erschossen auf deren Wohnlohn sie es abgesehen hatten. Ihr Verbleib die Tote zu berauben, mißlang, da sie das gut versteckte Geld nicht fanden.

Hilfer als Zeuge vor dem Reichsgericht

Am hiesigen Zeuge vor dem Reichsgericht vor dem Reichsgericht gegen die Reichswahlhelfer erklärte Schering, daß er den in der Untersuchungshaft geschriebenen und vom „Börsenbeobachter“ veröffentlichten Artikel geschrieben habe, um den Anwälten der Berliner „Wahlpresse“ entgegenzutreten, daß er und seine Kameraden nationalsozialistischem Gerede gearbeitet sowie die Bildung nationalsozialistischer Zellen verfolgt hätten. Auf die Frage des Vorsitzenden antwortete der Angeklagte Wendt, daß das von Hitler ererbte „Dritte Reich“ nur auf legalen Wege von der NSDAP geschaffen werden solle; andershitzer die Wahlen regelt. Nach längerer Auseinandersetzung

beschließt das Gericht, dem Antrag des Verteidigers Wendts Hitler als Zeugen zu laden, stattzugeben. Hitler, der sich zu Zeit in Verhütungsaufhalt befindet, soll mit Rechtsanwalt am schnellsten Wege Donnerstagvormittag geladen werden — Weiterverhandlung Mittwochvormittag.

Abbau der Regieunternehmen

der Gemeinden

Dresden. Die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat im Landtag den Antrag eingebracht, der Landtag wolle beschließen: 1. Gemeinden und öffentliche Körperschaften anzuweisen, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmen bis zu ihrer völligen Beseitigung vorzunehmen da eine derartige Betätigung gegen den klaren Wortlaut des Artikels 164 der Reichsverfassung verstößt. 2. den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, welche planmäßig die Steuerkraft ihrer ortsansässigen gewerblichen Unternehmen schädigen und solchen Gemeinden, welche öffentliche Zuschüsse zur Unterhaltung ihrer eigenen Regieunternehmen anwenden, mit sofortiger Wirkung alle Unterstützungen aus staatlichen Geldmitteln, soweit nicht ein Rechtsanspruch darauf besteht, zu sperren, bezw. für die Zukunft zu unterlassen. Insbesondere solle dies für Zuwendungen aus dem staatlichen Lastenausgleichsfond gelten.

In der Begründung wird ausgeführt, die wirtschaftliche Not und die aus der Arbeitslosigkeit sich ergebenden finanziellen Schwierigkeiten in den Gemeinden zwingen gewaltig dazu, dem gewerblichen Mittelstand Aufträge zuzufüh-

ren. Dadurch aber, daß zahlreiche Gemeinden die von ihnen zu vergebenden Aufträge an eigene Regieunternehmen oder an andere logenante gemeinnützige Unternehmen erteilen, würden der freien Wirtschaft große Aufträge entgehen. Diese Unternehmen hätten nicht nur steuerliche Vorteile, sondern sie müßten auch zum Teil durch öffentliche Zuschüsse finanziert werden. Andererseits seien es gerade die Gemeinden mit Regieunternehmen, die mit besonderem Nachdruck die Erhöhung der Realsteuern und vom Staate Sonderzuweisungen forderten.

Allerlei Neuigkeiten

Tod in den Bergen. Im Karwendelgebirge verunglückten der 32jährige Diplomkaufmann Max Ertel aus München und eine Dame aus Weiskheim tödlich.

Selbstmordversuch eines berühmten Violinvirtuosen. Der im 63. Lebensjahre stehende Violinvirtuose und Musikprofessor Rudolf Figner, der Begründer der Figner-Konzerte, beging aus Kummer über den kürzlich erfolgten Tod seiner Frau und wegen finanziellen Sorgen im hiesigen evangelischen Diakonissenkrankenhaus zu Wien einen Selbstmordversuch.

Blut eines Heizers. Montagnachmittag tötete, wie aus Wien gemeldet wird, der in der Shell-Fabrik Floridsdorf beschäftigte Heizer Kullitschek einen technischen Beamten dieser Fabrik durch einen Revolvererschuss und feuerte dann auf den technischen Direktor dieser Fabrik einen Schuß ab, der jedoch fehlging. Der Täter tötete sich dann selbst durch einen Schuß. Kullitschek hat die Tat deshalb begangen, weil er wegen Unzuverlässigkeit verurteilt worden war.

Brandstifter an der Arbeit. In Alt-Wartenburg im Kreise Allenstein brach der Arbeit der Besichtigung Bagzewski ein Feuer aus, durch das eine massive, bis unter das Dach mit Erntevorräten gefüllte Scheune und zwei in der Nähe liegende Ställe vernichtet wurden. Das stark gefährdete Wohnhaus konnte gelöscht werden. Der Schaden beträgt schätzungsweise 80 000 bis 90 000 Mark. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor. Gegen Mitternacht brach auch auf dem Nachbargrundstück ein Feuer aus, das ebenfalls auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Hier brannten eine Scheune mit 1000 Zentner Getreide und ein Stallgebäude mit 65 Fuder Heu und Heu nieder. Der Schaden beträgt 90 000 bis 100 000 Mark.

Eine moderne Signalanlage, die nicht funktioniert. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Ostbahnhofes in Paris ist das Signalwesen modernisiert und elektrifiziert worden. Die seit Tagen in Angriff genommene praktische Prüfung der neuen elektrischen Signalanlagen hat zu beträchtlichen Zögerungen im Vorarbeiten und zu beträchtlichen Verspätungen im Betrieb geführt. Am Abend entgleiste sogar eine Lokomotive. Man hatte seitens der Eisenbahndirektion sogar ernsthaft die Schließung des ganzen Ostbahnhofes ins Auge gefaßt. Wenn das neue Signalwesen auch weiterhin nicht funktionieren sollte, will man das alte System wieder ernten.

30 französische Fischer ertrunken. Die Stürme der letzten Tage haben nicht nur großen Sachschaden angerichtet, sondern auch viele Menschenleben gefordert. Die französischen Fischerfamilien der verschiedenen Küstengegenden haben nach den bisher vorliegenden Nachrichten insgesamt 30 Tote zu beklagen.

Drei Arbeiter verschüttet. Wie aus Grenoble berichtet wird, sind beim Bau eines Stauwerks drei Arbeiter, und zwar zwei Albanier und ein Italiener, verschüttet worden. Bisher wurde erst eine Leiche geborgen.

Panik durch eine Explosion. Eine schwere Explosion einer Kohlenzüreranlage ereignete sich im Keller eines Hotels in Galatz (Rumänien). Sie wurde durch den Brand eines Glaswarenlagers hervorgerufen. Durch vier hintereinander erfolgte Explosionen entzündete sich der Hotelgast ein Stock auf die Straße und brach sich beide Beine. Ein Feuerwehrhelfer wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, eine Straßenbahn, die vor dem Glaslager stand, wurde zertrümmert. Insgesamt wurden 19 Personen, darunter Feuerwehrleute, Personal der Glaswarenanlage und Passanten verletzt. Ein Feuerwehrmann liegt im Sterben. Man glaubt, daß der Inhaber des Glasgeschäftes das Feuer angelegt hat, da er sich in finanziellen Schwierigkeiten befand.

Englischer Dampfer auf ein Riff gelaufen. Der englische Dampfer „City of Osaka“, der auf der Fahrt von Liverpool nach New York befindet, ist sechs Meilen von Buchoneh entfernt an der Rüste von Wehrensire auf ein Riff aufgelaufen. Das Kriegsschiff „Walter“ und ein Rettungsschiff sind zur Hilfeleistung unterwegs.



Revolution in Chile.

Einer Meldung der Associated Press zufolge ist in dem südamerikanischen Staate Chile die Revolution ausgebrochen. Blick auf die öffentliche Hauptstraße Santiago.